

SHORT NEWS

Dangerous relations germano-luxembourgish

Jean-Claude Juncker ferait mieux de surveiller de près les prix qu'on lui remet. Comme nous l'a confirmé son secrétariat, le premier ministre recevra le « Großer Leopold-Kunschak-Preis », lors d'une cérémonie le 17 avril à Vienne au sein du parlement autrichien. Le hic avec Leopold Kunschak n'est pas qu'il est connu comme instigateur des mouvements ouvriers chrétiens-sociaux au début du 20e siècle en Autriche. Mais il a aussi été un antisémite notoire jusqu'à sa mort en 1953, ne reniant pas ses convictions même après l'holocauste. Que Juncker accepte un tel prix indique qu'il est aussi infallible que le pape dans le domaine des relations avec la communauté juive.

Dans un tout autre registre, mais en plus angoissant, se situe une autre intervention d'un homme politique luxembourgeois sur l'ancien territoire du Reich : Pierre Peters, éco-fasciste notoire qui nous avait déjà donné la Nationalbewegung dans les années 90, semble vouloir recommencer ses activités nauséabondes. En tout cas c'est ce qu'on pense en lisant le discours qu'il a tenu le 6 mars à Trèves devant une assemblée du NPD, le parti nationaliste allemand, où il s'apitoyait sur le sort des pauvres Luxos étouffant dans ce qui leur reste de leur Lebensraum. Reste à espérer que les Luxembourgeois-e-s sauront se défendre de ces idioties dangereuses.

Umweltschutz: Rückschritte durch die Hintertür

„Kein demokratisches und ökologisches Dumping unter dem Deckmantel der Krisenbekämpfung“, fordert der Mouvement écologique in seiner Stellungnahme zum Konjunkturprogramm der Regierung. An erster Stelle wird der Abbau demokratischer Rechte bei Genehmigungsverfahren beanstandet. Es gehe dabei weniger um eine Beschleunigung der Prozeduren als um die Durchsetzung umstrittener Projekte im Hauruck-Verfahren. Des weiteren bemängelt die NGO die vorgesehene Aufweichung der Umweltstandards für Betriebe. Das Konjunkturpaket designiere zwei Schuldige an der Krise: die kritischen BürgerInnen und die Umweltauflagen. Umso mehr bedauert der Mouvement, dass die Gelegenheit nicht genutzt wurde, „um wirtschaftliche und ökologische Synergien herzustellen“. Bei der Kritik an der Orientierung der Konjunkturmaßnahmen - vom Straßenbau bis zur fehlenden Sanierung von Sozialwohnungen - übt die NGO den Schulterchluss mit der „Chambre des salariés“, aus deren Gutachten ausgiebig zitiert wird. Dies dürfte einen Vorgeschmack geben auf das Rundtischgespräch mit Jeannot Krecké, Blanche Weber und Jean-Claude Reding am Samstag im Rahmen der Mouvement-Generalversammlung. Details hierzu und zur Stellungnahme unter www.oeko.lu.

woxx@home

Murphy's Gesetz

Was schief gehen kann, muss schief gehen. Das gilt nicht nur für Finanzminister, die partout ihr Bankgeheimnis erhalten wollen. Auch die woxx kann ein Lied davon singen, was alles schief gehen kann, wenn man sich als Ziel setzt seine Zeitung jeden Freitag auszuliefern. Wer sich den Luxus erlaubt, bis kurz vor Druckbeginn eine oder zwei Seiten nachzureichen, dem kann es passieren, dass die ganze Unternehmung an diesen letzten Seiten scheitert. Eine Panne zu später Abendstunde, dann ist an fristgerechte Reparatur nicht mehr zu denken. So geschehen letzte Woche, als der Belichtungsapparat unserer Druckerei kurz vor Ende den Geist aufgab. Zu spät um Ersatz zu besorgen oder gar fremd zu gehen: Die Ausgabe konnte erst freitags fertiggestellt werden. AbonnentInnen erhielten ihr Heft sogar erst am Montag. Kein Wunder meint die abergläubige Fraktion der Redaktion: War letzte Woche nicht Freitag der 13.? Und der Kassierer notiert in roter Schrift: Alle Abos werden um eine Ausgabe verlängert. Denn wer will schon für eine Zeitung von vorgestern etwas berappen?

AKTUELL

ATELIERS PROTEGES

Behindert werden

Christiane Walerich

Es gibt noch zu viele Barrieren für behinderte Menschen. Auch bei ihrem Zugang zum ersten Arbeitsmarkt.

Fast wäre die vom LSAP-Deputierten Roland Schreiner durch eine Anfrage initiierte parlamentarische Orientierungsdebatte zum Thema Behinderung diese Woche von der Tagesordnung abgesetzt worden. Schuld war das Procedere: die Regierung, so die verärgerten Abgeordneten von Déi Gréng und DP, habe bereits vor der Chamberdebatte eine Revision des Gesetzes von 2003 beschlossen. Es liege ja noch kein ‚projet de vote‘ vor; daher könnten jederzeit noch Änderungsvorschläge eingebracht werden, versuchte Familienministerin Marie-Josée Jacobs die Gemüter zu beschwichtigen.

In der Orientierungsdebatte ging es vor allem um die Arbeitssituation von Behinderten. Neben internationalen Rechtsbestimmungen wie der in der EU-Grundrechtscharta enthaltenen, die den Behinderten ein Recht auf Maßnahmen zuspricht, durch die ihre Autonomie und ihre soziale und berufliche Integration gefördert werden, existieren nationale Gesetze wie jenes vom 12. September 2003, das Grundsätze für die finanzielle Sicherstellung der Behinderten enthält. „Nach fünf Jahren ist es nun an der Zeit Bilanz zu ziehen“, so Roland Schreiner. Zwar sei mit dem Gesetz von 2003, das insbesondere die Arbeit in den Ateliers protégés neu definiert habe, der richtige Schritt hin zu mehr Autonomie getan worden. Davor hätten Behinderte lediglich eine finanzielle Kompensation erhalten. Dank dem neuen Gesetz habe der „Travailleur handicapé“ nunmehr ein Anrecht auf einen Arbeitsvertrag. Jedoch fehle es nach wie vor an Zugang zum ersten Arbeitsmarkt und, damit zusammenhängend, an adäquaten Ausbildungsmöglichkeiten für Behinderte. Weiter mangle es an einer ausreichenden Vernetzung zwischen dem Arbeitsamt, den Ateliers protégés und den Arbeitgebern. Eine zentrale Anlaufstelle könnte den Hürdenlauf vieler Behinderter von einer Behörde zur nächsten überflüssig machen.

„Auch wenn einige Behinderte das Atelier protégé als endgültiges Arbeitsumfeld ansehen, bleibe ich optimistisch, dass es für andere als Sprungbrett auf den ersten Arbeits-



markt fungieren kann“, so Schreiner. Dazu jedoch müssten die Ateliers engeren Kontakt zum normalen Arbeitsmarkt halten, indem sie Ausbildungsplätze anbieten. Das Angebot - auch die Möglichkeiten zu einer Fortbildung mit Abschlussdiplom - seien allzu begrenzt. Ebenso würden viele in den Ateliers protégés beschäftigte Behinderte nicht mehr auf den Arbeitslosenlisten des Arbeitsamtes geführt und könnten so nicht an Arbeitgeber weitervermittelt werden.

Die Bereitschaft, Behinderte zu engagieren, sei bei den Betrieben nach wie vor unterentwickelt. Die Regelung, dass sie - im Fall von Ertragseinbußen - das Gehalt der Behinderten bis zu 100 Prozent erstattet bekommen, habe daran nichts geändert. „Hier wäre ein Quotensystem sinnvoll“, glaubt Schreiner. Zwar sei ein solches schon im Gesetz von 1991 enthalten, das den Staat und die Gemeinden verpflichtet, bis zu 5 Prozent ihrer Stellen für Behinderte zu reservieren. Doch würden diese Quoten in der Praxis nicht eingehalten. Hier soll daher demnächst eine interministerielle Arbeitsgruppe ein Verfahren prüfen, mit dem sie bindend gemacht werden können - so die Pläne des Arbeitsministers Biltgen. Ein Zugeständnis, das zumindest die Chance der Schwächsten verbessern könnte, ist in den Plänen immerhin vorgesehen: Zwar seien die Ateliers protégés eigentlich zu produktivem Wirtschaften verpflichtet, doch könne unter bestimmten Bedingungen hiervon abgewichen werden. „Natürlich ist es schwerer mit Leuten zu arbeiten, die an Autismus leiden, als mit solchen, die ein kleines physisches Handicap haben“, so der Minister. Zu hoffen bleibt, dass trotz allen neuen Initiativen weiterhin genügend Plätze in Ateliers protégés für jene erhalten bleiben, die auf dem Arbeitsmarkt nicht mithalten können.